

N i e d e r s c h r i f t

HFA/006/2010

**über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine
am 13.04.2010**

Die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:00 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Vorsitzende:

Frau Dr. Angelika Kordfelder

Bürgermeisterin

Mitglieder:

Herr Karl-Heinz Brauer	SPD	Ratsmitglied
Frau Peggy Fehrmann	SPD	Ratsmitglied
Herr Stefan Gude	CDU	Ratsmitglied
Frau Marianne Helmes	CDU	Ratsmitglied
Herr Frank Hemelt	SPD	Ratsmitglied anwesend bis 20:00 Uhr, TOP 8
Herr Alfred Holtel	FDP	Ratsmitglied
Herr Hermann-Josef Kohnen	CDU	Ratsmitglied
Frau Monika Lulay	CDU	Ratsmitglied
Herr Udo Mollen	SPD	Ratsmitglied
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Josef Niehues	CDU	Ratsmitglied
Herr Rainer Ortel	fraktionslos	Ratsmitglied
Herr Jürgen Roscher	SPD	Ratsmitglied
Herr Falk Tockowski	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Ratsmitglied

Vertreter:

Herr Manfred Brinkmann	CDU	Vertretung für Herrn Udo Bonk
Herr Siegfried Mau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung für Herrn Michael Reiske
Herr Eckhard Roloff	SPD	Vertretung für Herrn Frank Hemelt anwesend ab 20:00 Uhr, TOP 9
Herr Josef Wilp	CDU	Vertretung für Herrn Horst Dewenter

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann	Erster Beigeordneter
Frau Ute Ehrenberg	Beigeordnete
Herr Werner Lütke-meier	Stadtkämmerer
Herr Heinz Hermeling	Fachbereichsleiter FB 7
Herr Bernd Weber	Pressesprecher
Herr Michael Kramer	Fachbereichsleiter FB 3, anwesend bis 18:15 Uhr, TOP 4
Herr Johannes Plagemann	Brandmeister Feuerwache Rheine, anwesend bis 18:15 Uhr, TOP 4
Herr Werner Schröer	Fachbereichsleiter FB 5
Herr Kai Kröger	EWG, zu TOP 15 und 16
Frau Julia Kersting	Schriftführerin

Entschuldigt fehlten:

Mitglieder:

Herr Udo Bonk	CDU	Ratsmitglied
Herr Horst Dewenter	CDU	Ratsmitglied
Herr Michael Reiske	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Ratsmitglied

Frau Dr. Kordfelder eröffnet die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden schlägt Frau Dr. Kordfelder vor, den TOP 14, Vorlage Nr. 123/10, Planung der Konzertsaison 2010/2011 aus dem nichtöffentlichen Teil in den öffentlichen Teil vorzuziehen und diesen als TOP 8 zu behandeln.

Der Haupt- und Finanzausschuss stimmt dem Vorschlag zu.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr. 5 über die öffentliche Sitzung am 9. März 2010

01:00

Zu Form und Inhalt der o. g. Niederschrift werden weder Änderungs- noch Ergänzungswünsche vorgetragen.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 9. März 2010 gefassten Beschlüsse

01:14

Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass die Beschlüsse des Haupt- und Finanzausschusses ausgeführt worden seien. Ein besonderer Bericht zu Anfragen und Anregungen sei nicht erforderlich, weil diese nicht gestellt wurden.

3. Informationen

3.1. Sachstandsbericht Breitband in den unterversorgten Gebieten der Stadt Rheine

01:38

Frau Dr. Kordfelder verweist auf die vorliegenden Informationen.

3.2. Forderungen an den neuen Landtag und die neue Landesregierung in NRW (Städte- und Gemeindebund NRW)

02:12

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass sie vom Rat beauftragt wurde, an der 19. Mitgliederversammlung des Städte- und Gemeindebundes NRW am 23. März 2010 alle Stimmrechte der Stadt Rheine wahrzunehmen. Sie verweist auf die als Anlage 1 beigefügte Resolution, mit Forderung zum Thema Konsolidierungshilfen und Unterstützung der Kommunen und Kreise an Landtag und Landesregierung NRW. Frau Dr. Kordfelder teilt mit, dass in der Mitgliederversammlung Wahlen

stattgefunden hätten. Die Stadt Rheine werde sowohl im Präsidium des Städte- und Gemeindebundes NRW als auch im Hauptausschuss und im Europaausschuss des Deutschen Städte- und Gemeindebundes durch die Bürgermeisterin vertreten. Außerdem werde Herr Moenikes als weitere Person aus dem Kreis Steinfurt die Stadt Rheine im Präsidium als Leiter einer Arbeitsgemeinschaft vertreten.

3.3. Wettbewerb "Kommune im neuen Licht"

03:41

Herr Kuhlmann berichtet, das Projekt „LED´s go“ im Wettbewerb „Kommunen im neuen Licht“ habe leider keine Berücksichtigung gefunden. Es habe 140 Bewerber gegeben, wovon 3 aus NRW prämiert worden seien. Die ausgewählten Projekte hätten sich weitgehend auf ein Thema fokussiert. Herr Kuhlmann hebt hervor, dass es eine sehr gute Zusammenarbeit mit dem Kreis, den anderen Städten und Hochschulen sowie den Kreditinstituten gegeben habe. Es werde noch einmal überprüft, ob der Antrag an anderer Stelle in die Förderlandschaft des Landes NRW passe und ob möglicherweise durch eine Zusammenarbeit mit der Industrie doch das eine oder andere für Rheine oder die Umgebung umgesetzt werden könne.

Herr Niehues bittet, den Antrag zu dem Thema „Nachtabschaltung“, der im Hinblick auf diese Fördermaßnahme zurückgestellt worden sei, wieder in die Bearbeitung aufzunehmen.

Herr Kuhlmann sichert dieses zu.

3.4. Wettbewerb "Kommunales Mobilitätsmanagement für Rheine"

05:35

Frau Dr. Kordfelder informiert, dass die Stadt Rheine am 29. März 2010 die Teilnahme am Wettbewerb „Kommunales Mobilitätsmanagement für Rheine“ unter dem Thema „Ein Ansatz zur Förderung der Nahbereichsmobilität“ erklärt habe.

3.5. KomCom

06:28

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass Herr Vogelsang auf der Kommunalmesse KomCom mit wirklich gutem Erfolg über das Ratsinformationssystem und das Session-Modell vorgetragen habe. Frau Dr. Kordfelder dankt den Ratsmitgliedern, dass sie seinerzeit ihre Bereitschaft dazu erklärt hätten und nun so miteinander gearbeitet werden könne.

3.6. Gemeindefinanzkommission

07:34

Herr Lütkeemeier verliest folgenden Vermerk:

Gemeindefinanzkommission NRW

Ich möchte Sie darüber informieren, dass nun auch das Landeskabinett in seiner Sitzung am 16. März 2010 eine Gemeindefinanzkommission auf Landesebene eingesetzt hat. Mitglieder sind Innenminister Dr. Ingo Wolff, Finanzminister Helmut Linssen und Sozialminister Karl-Josef Laumann sowie die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der drei kommunalen Spitzenverbände.

In dieser Kommission will die Landesregierung die Arbeit der am 04. März 2010 eingesetzten Gemeindefinanzkommission auf Bundesebene (auch darüber habe ich bereits berichtet) begleitend koordinieren.

Analog zur Bundesebene wird sich die Gemeindefinanzkommission NRW mit drei Arbeitsschwerpunkten befassen. In der ersten Arbeitsgruppe, die vom Finanzminister geleitet wird, geht es um eine Verstetigung der kommunalen Einnahmen. Die zweite Arbeitsgruppe befasst sich mit Standards und Sozialausgaben und wird vom Innenminister und Finanzminister gemeinsam geleitet. In einer dritten Arbeitsgruppe geht um eine bessere Beteiligung der Kommunen an der Rechtssetzung auf Bundes- und Landesebene. In dieser Arbeitsgruppe sollen auch die kommunalpolitischen Landesthemen wie z.B. Hilfen des Landes für finanzschwache Kommunen, Finanzierung des U3-Ausbaus, Strukturreform des GFG, diskutiert werden.

Am 24. März 2010 hat die erste, konstituierende Sitzung der Gemeindefinanzkommission NRW stattgefunden. Die Vertreter der kommunalen Spitzenverbände haben in dieser Sitzung noch einmal betont, dass neben einer Reduzierung der Sozialausgaben unbedingt auch Reformmaßnahmen des Landes für eine aufgabengerechte Finanzausstattung der Kommunen erforderlich seien. Deswegen dürfe die NRW-Kommission nicht nur die Arbeit der Kommission auf Bundesebene begleiten, sondern müsse zusätzlich Lösungsansätze auf Landesebene entwickeln. Im Vordergrund der Gespräche müsste die Reduzierung der Ausgabenlast im sozialen Bereich durch eine angemessene und dauerhafte Mitfinanzierung des Bundes stehen. In Bezug auf die Einnahmeseite betonten die kommunalen Verbände ihre Skepsis in Bezug auf einen adäquaten Ersatz für die Gewerbesteuer. Eine Reform könne nicht gegen den Willen der Kommunen beschlossen werden.

3.7. Reaktionen auf Resolution zur kommunalen Finanzsituation

09:45

Herr Lütkeemeier informiert, dass es auf die Resolution des Rates der Stadt zur kommunalen Finanzsituation bis auf eine Eingangsbestätigung bisher keine Rückmeldung gegeben habe.

3.8. Konjunkturpaket II

10:07

Herr Lütkeemeier verliest folgenden Vermerk:

Konjunkturpaket II – Beseitigung von Winterschäden an kommunalen Straßen

In der Strategie- und Finanzkommission am 15. März 2010 hatte ich folgende Pressemitteilung des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums bekanntgegeben:

„Der Finanzausschuss des Bundesrates hat in seiner Sitzung am Donnerstag (11.03.2010) unter Vorsitz des nordrhein-westfälischen Finanzministers, Dr. Helmut Linssen, über die Beseitigung von Winterschäden an kommunalen Straßen diskutiert. Auch nach Aussage des Bundesfinanzministeriums kann die Beseitigung von Winterschäden an kommunalen Straßen aus dem Zukunftsinvestitionsgesetz finanziert werden, weil ein solches Investitionsvorhaben im Ergebnis zu einer wahrnehmbaren Minderung des Straßenlärms führt. Damit sind die Voraussetzungen des Zukunftsinvestitionsgesetzes erfüllt.“

Angesichts der auch in der Stadt Rheine zu verzeichnenden massiven Straßenschäden habe ich eine nochmalige „Umwidmung“ der seinerzeit für den Breitbandausbau reservierten Mittel (980 T€) vorgeschlagen. Diesem Vorschlag haben die Fraktionsvorsitzenden zugestimmt.

In der Fraktionsvorsitzendenbesprechung am 22. März 2010 habe ich berichtet, dass sich die Örtliche Rechnungsprüfung inzwischen mit der Frage der Zulässigkeit der Verwendung der Mittel für Instandsetzungsarbeiten an Straßen befasst und dazu eine Anfrage an die Bezirksregierung Münster gerichtet habe. Von dort sei mitgeteilt worden, dass man von der Änderung der Zuwendungsrichtlinien überrascht worden sei. Man stehe hierzu in Gesprächen mit Vertretern im Innenministerium des Landes.

Die Örtliche Rechnungsprüfung wurde inzwischen telefonisch von der Bezirksregierung darüber informiert, dass die Beseitigung von Winterschäden an kommunalen Straßen entgegen ersten Informationen nur äußerst bedingt über das Zukunftsinvestitionsgesetz förderfähig ist. Wie bisher sei eine Förderfähigkeit nur dann gegeben, wenn durch die Maßnahme eine wahrnehmbare Lärminderung erzielt werden würde. Demnach sei eine Sanierung der Straßenschäden nur förderfähig, wenn anstelle des bisherigen Belages ein sog. „Flüsterasphalt“ verbaut werden würde, der die erforderlichen Voraussetzungen entsprechend der FAQ-Liste (S. 44) erfüllt. In diesem Zusammenhang müsste definitiv eine Lärminderung von mindestens 2 dB erzielt werden, wobei – im Hinblick auf erste Prüfungen des Bundesrechnungshofes – die Notwendigkeit und Förderfähigkeit der Maßnahme mit entsprechenden Lärmkartierungen bzw. –berechnungen zu belegen wäre. Eine Beseitigung der Winterschäden mit einem Standardstraßenbelag ist nach Auskunft der Bezirksregierung demnach nicht als wahrnehmbare Lärminderung im Sinne des Gesetzes zu werten. Zudem sei

eine Sanierung der schadhaften Stellen mit Standardstraßenbelag nicht als Investition, sondern als Erhaltungsaufwand anzusehen. Ob es hierzu noch eine schriftliche Stellungnahme des Innenministeriums geben wird, ist nach Angaben der Bezirksregierung momentan noch nicht absehbar.

Die Verwaltung wird in Zusammenarbeit mit den Technischen Betrieben Rheine AöR ihre vorbereitenden Arbeiten zur Sanierung von Straßenschäden in Anbetracht der nun konkretisierten Fördermöglichkeiten fortführen. In der Bauausschusssitzung am 29. April 2009 wird hierzu ein Zwischenbericht gegeben. Voraussichtlich in seiner Sitzung am 27. Mai 2010 wird der Bauausschuss über Umsetzungsvorschläge entscheiden können.

3.9. Haushaltswirtschaftliche Situation

13:35

Herr Lütkeemeier verliest folgenden Vermerk:

Informationen zur augenblicklichen haushaltswirtschaftlichen Situation

Die Beratungen zum Entwurf des Haushalts- und Finanzplanes 2010 – 2013 sind noch nicht endgültig abgeschlossen. Morgen findet noch die Beratung im Sportausschuss statt. Nach den augenblicklichen Erkenntnissen ergibt sich aus den bisherigen Beratungen für 2010 eine leichte Verbesserung von 247 T€ gegenüber dem Entwurf. Dem stehen die Ihnen bekannten Personalmehraufwendungen in Höhe von 216 T€ gegenüber.

Darüber hinaus gibt es augenblicklich keine weiteren Veränderungen gegenüber den bisherigen Planungsannahmen. Das gilt auch für die Steuererträge. Hier möchte ich zum wiederholten Male darauf hinweisen, dass die bisherigen Planungsannahmen sich an den Orientierungsdaten des Landes anlehnen, die noch auf der Steuerschätzung vom November 2009 basieren. Hier sind noch die Erkenntnisse aus der Anfang Mai erwarteten nächsten Steuerschätzung abzuwarten. Für den Anteil an der Einkommensteuer und für den Anteil an der Umsatzsteuer wird die erste Abschlagszahlung für dieses Jahr erst in etwa zwei Wochen erwartet, so dass wir auch hieraus zur Zeit noch keine Rückschlüsse ziehen können. Die Gewerbesteuererträge entwickeln sich derzeit voll im Rahmen der Planvorstellungen. Es gibt derzeit auch keine anderweitigen Planabweichungen.

Mit der Einbringung des Entwurfes der Haushalts- und Finanzplanung 2010 – 2013 habe ich insbesondere auch auf die sich für die Zukunft abzeichnende dramatische Verschlechterung der Liquiditätsslage der Stadt hingewiesen. Hatten wir beim Jahreswechsel noch einen positiven Finanzierungssaldo von 1,5 Mio. € zu verzeichnen, so nehmen wir derzeit (Stand: Abschlusstag 12. April 2010) bereits einen Liquiditätskredit in Höhe von 5,4 Mio. € in Anspruch

Herr Lütkeemeier weist darauf hin, dass er den Haupt- und Finanzausschuss über das Thema in jeder Sitzung informieren werde.

4. Feuerwehrhaus rechts der Ems: Beschluss über das Raumprogramm
Vorlage: 201/10

15:34

Herr Kuhlmann erklärt, dass es bei dem heute zu fassenden Beschluss darum gehe, ein Raumprogramm und nicht einen Neubau oder Ankauf eines Grundstückes zu beschließen oder eine Verbindlichkeit herbei zu führen. Für die weiteren Planungen für die Größenordnung und die Ausrichtung des Feuerwehrhauses sei eine politisch festgelegte Marschroute von Nöten. Herr Kuhlmann bezieht sich auf den Zeitungsartikel zum Standort des Feuerwehrhauses im Bereich Hopstener Damm/Sandkampstraße und klärt auf, dass es sich hierbei lediglich um den groben Bereich handele, in dem das Feuerwehrhaus liegen solle, und nicht konkret benannt werden könne.

Frau Mattedi vom Büro kplan stellt das Raumprogramm des Feuerwehrhauses anhand der als Anlage 2 beigefügten Präsentation vor.

Herr Brauer weist darauf hin, dass es in Rheine keine Berufsfeuerwehr gebe, sondern nur hauptamtliche Kräfte der Freiwilligen Feuerwehr. Es stellt sich die Frage ob zentrale Einrichtungen, wie z. B. ein Reifenlager, ein Schaumlöschmittellager oder ein Archiv, in das neue Gebäude des Löschzuges rechts der Ems kommen sollen. Herr Brauer fragt an, wenn Räumlichkeiten bei der Rettungsleitstelle frei gezogen werden könnten, inwieweit man Räume rechts der Ems sparen oder zu einem späteren Zeitpunkt wieder aus der Planung herausnehmen könnte, weil sie zentral möglicherweise besser untergebracht wären. Er merkt an, dass man sich das Reifenlager auch im Bereich der Technischen Betriebe vorstellen könnte, weil dort die Feuerwehrfahrzeuge gewartet würden. Zum jetzigen Zeitpunkt müsse das Raumprogramm noch nicht beschlossen werden.

Herr Kuhlmann erläutert, dass die Gespräche um die Kreisleitstelle noch nicht so weit fortgeschritten seien, und er in dieser Woche diesbezüglich ein Gespräch mit Herrn Dr. Sommer habe, der die Verhandlungen für den Kreis Steinfurt führe. Herr Kuhlmann merkt an, dass, wenn es die Möglichkeit gäbe, die Räume zentral an anderer Stelle zu schaffen, diese Möglichkeit auch genutzt und nicht auf den Beschluss beharrt werden würde. Es gehe jetzt nur darum, was gemacht werden müsse, um die Stadt Rheine in den nächsten Jahren feuerwehrtechnisch gut aufzustellen.

Herr Plagemann erklärt, dass er sich vorstellen könne, die Archivräume an anderer Stelle zu schaffen. Die anderen Räumlichkeiten seien alle löschzugbezogen. Die Reifen am Bauhof zu lagern, sei schwierig, da die Bediensteten der Feuerwehr für die 35 Wagen die Reifen wechseln würden.

Herr Niehues unterstellt, dass das Raumprogramm nach den Gesprächen mit dem Kreis Steinfurt und der Bundeswehr an der einen oder anderen Stelle noch angepasst oder verändert werde. Es sei wichtig, dass sie von vornherein in diese strategische, einsatztechnische Überlegung mit eingeschaltet werden, wenn es Aussagen dazu gebe, wie die Personalstruktur in Zukunft sein werde. Herr Niehues macht deutlich, dass die Sicherheit in den Stadtteilen und Gewerbegebieten nicht davon abhängig sein könne, wie die Finanzlage der Stadt sei. Die Information sei aber bisher so gewesen, dass die Sicherheit auch unter den heute gege-

benen Bedingungen gewährleistet sei. Er bittet, dieses noch einmal ausdrücklich klarzustellen.

Herr Niehues macht deutlich, dass man sich über die Finanzierung im mittelfristigen Bereich Gedanken machen müsse. Vielleicht wird es Zuschüsse Dritter, wie Kreis Steinfurt oder Bundeswehr, geben, die sich mit ihren Bedarfen an diesen Standort mit einbringen werden. Die CDU-Fraktion gibt den Hinweis, dass für sie ein Public-Private-Partnership-Modell Bestandteil des zukünftigen Abwägungsprozesses sein müsse.

Herr Kuhlmann erklärt auf Nachfrage von Herrn Niehus, dass der Brandschutzbedarfsplan vom Kreis zu genehmigen sei und diese Genehmigung ausstehe. Der Plan sei nicht vom Rat zu beschließen, sondern werde dann nur dem Rat zur Kenntnisnahme gegeben. Herr Kuhlmann erklärt sich zum Public-Private-Partnership-Modell bereit; es müsse für die Stadt aber nachhaltig günstiger sein. Ein Sicherheitsdefizit gäbe es momentan nicht. Die Stadt solle für die Zukunft gut aufgestellt sein, und man sei zurzeit dabei, mit dem Kreis eine Übergangslösung zu entwickeln, um die Erreichbarkeit des Rettungstransportwagens zu verbessern. Es bestehe noch Handlungsbedarf im Bereich der Bundeswehr. Hier sei es jedoch schwer, einen Gesprächspartner zu bekommen. Die Bezirksregierung habe noch einmal die Bundeswehr angeschrieben mit der Bitte, jemanden zu benennen, der klare Aussagen machen könne.

Herr Plagemann merkt an, dass die Einrichtung des Standortes rechts der Ems auf den Personalschlüssel keine Auswirkungen habe. Die Stadt Rheine, insbesondere die Bereiche Stadtberg, Schotthock, Altenrheine und Industriegebiet-Nord, sei durch die Einrichtung wesentlich besser abgedeckt.

Herr Holtel macht deutlich, dass zu gegebener Zeit geschaut werden müsse, ob die Waschhalle in dem Feuerwehrhaus rechts der Ems überhaupt benötigt werde. Er fragt an, ob es möglich sei, falls der Neubau noch andauern sollte, ein Löschfahrzeug im Bereich des Gewerbegebietes zu stationieren.

Herr Plagemann erklärt, dass es mit erheblichen Kosten für die Stadt verbunden sei, den Löschzug auseinanderzuziehen. Um die Geschlossenheit des Löschzuges zu behalten, sollte erst einmal keine andere Station für ein Löschfahrzeug genutzt werden.

Frau Mattedi antwortet auf Nachfrage von Herrn Mau, dass zentrale Lagerflächen an anderer Stelle vorhanden und daher im Raumprogramm mit 0 m² angesetzt seien.

Herr Kohnen merkt an, dass die Reinigung eines Fahrzeuges auch an anderer Stelle stattfinden könne. Es gäbe Waschhallen an der Lindenstraße, in Mesum und bei den Technischen Betrieben. Dieses würde zu Einsparungen um ca. 5 % der Baukosten führen. Herr Kohnen macht deutlich, dass überlegt werden müsse, welche Standorte der Stadt zur Verfügung stehen würden, die für eine Feuerwehrwache geeignet sein könnten, wie beispielsweise der ehemalige Kfz-Hof der General-Wever-Kaserne. Die Fläche sei so groß, dass später dort auch eine neue Feuerwehrwache gebaut werden könnte.

Herr Wilp schlägt vor, den Beschlussvorschlag um die Wörter „als Grundlage“ zu ergänzen.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses stimmen dem Vorschlag zu.

Frau Dr. Kordfelder lässt über den geänderten Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt das in der Anlage der Vorlage beschriebene Raumprogramm als Grundlage für einen Neubau der Feuerwehr rechts der Ems.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**5. Erhalt des Gebäudes der Josefschule in Mesum
- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.03.2010
Vorlage: 212 / 10**

1:09:02

Herr Niehues macht deutlich, dass die Mesumer Sorge hätten, dass Überlegungen greifen würden, den Erhalt des Gebäudes in Frage zu stellen. Vor diesem Hintergrund müsse man den Antrag des Stadtteilbeirates Mesum verstehen. Eine ursprünglich selbstständige Gemeinde würde Wert darauf legen, dass das in ihrem Ortsteil befindliche, historische Gebäude auch erhalten bleibe. Die Josefschule sei 1910 erbaut worden und 100 Jahre alt. Durch den Erhalt des Gebäudes gehe es auch darum, eine Ortsmittegestaltung zu erreichen. Herr Niehues macht deutlich, dass der neue Leiter des Planungsamtes, Herr Aumann, diesen Gedanken aufgreifen solle. Priorität sei es, den Erhalt des Gebäudes durch Verkauf sicherzustellen, da es keine zwingende Notwendigkeit aus öffentlich-rechtlicher Sicht gebe, dieses Gebäude weiterzunutzen. Es bestehe allerdings auch die Möglichkeit, dass ein privatwirtschaftlicher Verkauf nicht realisierbar sei. Die CDU-Fraktion schlage einen 5 Punkte umfassenden Beschlussvorschlag vor:

1. Der HFA spricht sich für den Erhalt des Gebäudes der Josefschule aus.
2. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Verkauf des Gebäudes als Option in 2010 weiterzubetreiben. Dabei stellt ein symbolischer Kaufpreis bei einem Gebäudeerhalt kein Hindernis dar.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den potenziellen Nutzern (FBS, Heimatverein Mesum und Schützenverein Mesum-Dorf, TV Mesum) parallel Gespräche über die dort geplanten Nutzungen zu führen. Dabei sind konkrete Angaben über die Nutzungsentschädigungen zu machen. Diese sind den jährlichen Folgekosten des Gebäudes gegenüberzustellen. Auch zu den Eigenmitteln (Eigenleistungen/Kapital) sind konkrete Ergebnisse zu verhandeln.
4. Die Verwaltung wird beauftragt, gegebenenfalls für die Finanzplanung ab 2011 städtische Mittel zur Sanierung der Bausubstanz für den Fall einzuplanen, dass ein Verkauf der Liegenschaft nicht möglich ist, und ein konkretes schriftliches Verhandlungsergebnis mit den potenziellen Nutzern dieses ermöglichen.

5. Die Verwaltung wird beauftragt, im Verlauf des Jahres 2010 die politischen Gremien entsprechend zu informieren.

Herr Niehues bittet darum, den Beschlussvorschlag der CDU-Fraktion abweichend vom Beschlussvorschlag der Verwaltung zur Beschlussfassung vorzulegen. Herr Niehues merkt an, dass verschiedene Varianten möglich seien, wie beispielsweise ein Mietkaufmodell oder Erbbaurechtsmodell. Es gehe hier um das Gesamtpaket und nicht nur um das aufstehende Gebäude.

Herr Lütke-meier informiert, dass das Objekt in der Vergangenheit intensiv beworben worden sei. Bisher hätten die Interessenten die Bewerbung für das Objekt zurückgezogen, da eine Instandsetzung aus ihrer Sicht nicht wirtschaftlich darstellbar gewesen sei. Herr Lütke-meier macht deutlich, dass der Einsatz öffentlicher Mittel für die Josefschule aus Sicht der Verwaltung nur zu rechtfertigen sei, wenn dieses für die Erfüllung öffentlicher Aufgaben unverzichtbar sei.

Frau Ehrenberg erläutert, dass es in Mesum ein umfangreiches Weiterbildungsangebot gebe, das zum einen durch die VHS-Musikschule und zum anderen auch durch den Jugend- und Familiendienst bestritten werde. Der Bereich Weiterbildung in Mesum sei durch das vorhandene Angebot gut abgedeckt. Frau Ehrenberg macht deutlich, dass für die Kulturverwaltung die zentrale Archivierung von städtischen Museen wichtiger sei. Außerdem gebe es zurzeit 3 Sporthallen in Mesum. Die Frage bleibe offen, ob hier überhaupt ein Bedarf bestehe.

Herr Roscher erläutert, dass der Antrag des Stadtteilbeirates aufgrund der Finanzierbarkeit abgelehnt oder alternativ zurückgestellt werden müsse. Dem Antrag der CDU-Fraktion könne die SPD-Fraktion bei einigen Punkten zustimmen, bei einigen aufgrund der Finanzierbarkeit aber nicht ohne Weiteres. Herr Roscher schlägt vor über die Punkte einzeln abzustimmen. Er erklärt, dass der Platz vor der Josefschule aus Verkehrssicherungsgründen für den täglichen Betrieb so zu erhalten sei. Herr Roscher macht deutlich, dass der Punkt 2 die Vergaberegeln nicht verletzen dürfe. Die Punkte 3 und 4 wolle die SPD-Fraktion so nicht beschließen, da die intensive Suche nach einem Investor im Vordergrund stehen müsse. Den Punkten 1, 2 und 5 könne die SPD-Fraktion zustimmen.

Herr Lütke-meier hält fest, dass man den Verkauf allein auf das Gebäude beziehen müsse. Das Grundstück dürfe man nicht zum symbolischen Wert verkaufen, da es einen Verkehrswert habe. Als Kommune sei man verpflichtet, das Vermögen zu seinem Verkehrswert zu veräußern. Herr Lütke-meier legt dar, dass er derzeit keine genaue Summe über die notwendigen Aufwendungen für die angedachte Nutzung nennen könne. Es gebe ein Gutachten zur Sanierung des Gebäudes, dieses beziehe sich aber auf die bisherige Nutzung. Es stelle sich die Frage, ob es sachgerecht sei, öffentliche Mittel für Zwecke einzusetzen, für die es momentan keine öffentliche Aufgabenstellung gebe.

Herr Holtel erklärt, dass versucht werden solle, die Josefschule zu erhalten, am besten durch Verkauf an einen privaten Investor. Sollte dieses nicht möglich sein, sei auch eine Initiative der Mesumer Vereine zu begrüßen.

Herr Wilp stellt klar, dass es hier um den Verkauf der Fläche gehe, auf der das Gebäude stehe, und nicht um die Schulplatzfläche. Es gebe momentan durch den Antrag des Stadtteilbeirates eine Bewegung in Mesum. Es sei eine Initiative der Mesumer vonnöten. Herr Wilp macht deutlich, dass es auch eine kulturelle Ge-

samtverpflichtung für Gebäude gebe und Familienbildung wichtig und notwendig sei.

Herr Niehues äußert Kritik, dass damals eine Chance vertan wurde, als die Johannesschule in Nachbarschaft der Josefschule erweitert wurde. Die Erweitungsklassen im Gebäude der Josefschule unterzubringen, hätte eine öffentliche Nutzung gebracht. Herr Niehues fordert, dass Jahr 2010 für weitere Verkaufsbemühungen zu nutzen und parallel dazu das Angebot der Mesumer Vereine zu hinterfragen. Wenn der Verkauf trotz guter Bemühungen nicht umgesetzt werden könne, müsse 2011 über die Verwendung städtischer Mittel nachgedacht werden.

Frau Ehrenberg hält fest, dass damals seitens der Verwaltung geplant worden sei, die alte Josefschule als Schulraum für die Johannesschule zu nutzen. Damals sei der Beschluss auf 2 ½-zügige Nutzung der Johannesschule und der Franziskussschule gefasst worden.

Herr Lütkeemeier macht deutlich, dass es für den Erhalt des Gebäudes mit einer entsprechenden Nutzung keinen Bedarf gebe. Das Gebäude stehe nicht unter Denkmalschutz.

Herr Mollen erläutert, dass niemand die Schule abreißen wolle. Es stelle sich die Frage, in welchen anderen Bereichen der freiwilligen Leistungen etwas gestrichen werden solle, wenn ab 2011 gegebenenfalls Mittel von der Stadt Rheine für die Josefschule zur Verfügung gestellt werden sollen. Ein Finanzierungs- und Nutzungskonzept müsse aufgestellt werden, das keinerlei Folgekosten für die Stadt Rheine beinhalte. Herr Mollen wünscht, dass ein Investor gefunden werde, der zusammen mit den Mesumer Vereinen in eine Art Public-Private-Partnership-Modell investiere. Man müsse sich die Frage stellen, was passiere, wenn kein Investor gefunden werde. Diese Frage müsse man sich auch für andere Gebäude, wie beispielsweise das Kannegießerhaus, stellen.

Herr Hemelt macht deutlich, dass bereits heute in der Sitzung über das Feuerwehrhaus rechts der Ems gesprochen worden sei. Hier sei eine Notwendigkeit von allen im Haupt- und Finanzausschuss bescheinigt worden. Parallel dazu wurde erklärt, dass aufgrund der finanziellen Situation darüber nachgedacht werden müsse, diese Geschichte in die mittelfristige Finanzplanung zu schieben. In dieser Vorlage über die Josefschule werde keine Notwendigkeit für das Nutzungskonzept beschrieben. Hier werde seitens CDU-Fraktion aber gesagt, dass Mittel in 2011 hierfür einzuplanen seien. Herr Hemelt fordert, die Prioritäten genau abzustecken.

Herr Ortel merkt an, dass der Punkt 4 eine falsche Signalwirkung habe und er diesem nicht zustimmen könne. Dem Punkt 3 könne er noch zustimmen, da die Gespräche in verschiedene Richtungen ausgehen könnten. Es könnten auch ernüchternde Dinge dabei herauskommen, dass möglicherweise die geplante Nutzung so nicht funktioniere. Diese Klärung wäre für das weitere Vorgehen wünschenswert.

Frau Dr. Kordfelder erklärt, aus Sicht der Verwaltung sei die Nutzung der Schule zur Erfüllung öffentlicher Aufgaben nicht erforderlich. Deshalb könne aus finanziellen Gründen kein anderer Vorschlag gemacht werden. Die Verwaltung werde aber zum Erhalt der alten Josefschule weiter im Gespräch bleiben, da es Beschlüsse gäbe und man immer im Gespräch mit den örtlichen Vereinen sei. Frau

Dr. Kordfelder wünscht, dass die Initiative zum Erhalt der alten Josefschule, auch bezogen auf dieses Objekt, zu innovativen Lösungsmöglichkeiten komme, wenn es darum gehe das Ganze in eine Privatnutzung zu geben. Frau Dr. Kordfelder stellt klar, dass die Punkte 1 und 5 Selbstverständlichkeiten treffen würden. Bei dem Punkt 2 sei der Beschlussvorschlag nicht konkret genug, da er generell nur von einem symbolischen Kaufpreis ausgehe. Den Punkten 3 und 4 werde sie nicht zustimmen.

Frau Dr. Kordfelder lässt sodann über die einzelnen Punkte abstimmen.

Beschluss:

1. Der HFA. spricht sich für den Erhalt des Gebäudes der Josefschule aus.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Die Verwaltung wird aufgefordert, den Verkauf des Gebäudes als Option in 2010 weiter zu betreiben. Dabei stellt ein symbolischer Kaufpreis bei einem Gebäudeerhalt kein Hindernis dar.

Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
3 Stimmenthaltungen

3. Die Verwaltung wird beauftragt, mit den potenziellen Nutzern (FBS, Heimatverein Mesum und Schützenverein Mesum-Dorf, TV Mesum) parallel Gespräche über die dort geplanten Nutzungen zu führen. Dabei sind konkrete Angaben über die Nutzungsentschädigungen zu machen und den jährlichen Folgekosten des Gebäudes gegenüberzustellen. Auch zu den Eigenmitteln (Eigenleistungen/Kapital) sind konkrete Ergebnisse zu verhandeln.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen
7 Nein-Stimmen
1 Stimmenthaltung

4. Die Verwaltung wird beauftragt, gegebenenfalls für die Finanzplanung ab 2011 städtische Mittel zur Sanierung der Bausubstanz für den Fall einzuplanen, dass ein Verkauf der Liegenschaft nicht möglich ist und ein konkretes schriftliches Verhandlungsergebnis mit den potenziellen Nutzern dieses ermöglicht.

Abstimmungsergebnis: 10 Ja-Stimmen
9 Nein-Stimmen

5. Die Verwaltung wird beauftragt, im Verlauf des Jahres 2010 die politischen Gremien entsprechend zu informieren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Einwohnerfragestunde

02:13:50

Frau Bartelheimer lädt die 4 Fraktionsvorsitzenden zu einer Podiumsdiskussion in das Vereinshaus eines Schäferhundevereins ein.

Frau Dr. Kordfelder weist Frau Bartelheimer darauf hin, dass die Einladung noch mit einem konkreten Termin verbunden werden müsse.

7. Gewährung von Beihilfen zur Kultur- und Heimatpflege 2010 Vorlage: 117/10

2:18:42

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage und bittet um Zustimmung, da die Vereine eine Planungssicherheit benötigen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt zur Förderung des ehrenamtlichen Engagements der Rheiner Kulturszene eine Ausnahme von der bestehenden Haushaltssperre und beauftragt die Verwaltung Zuwendungen an kulturtreibende Vereine im Jahr 2010 wie folgt zu bewilligen:

Antragsteller	Zuwendung	Hiervon 80 %
Jubiläumsbeihilfen		
Städtischer Musikverein	500,00 €	400,00 €
Sonderbeihilfen		
MC Sängerkunst/ Rheiner Frauenchor	1.325,00 €	1.060,00 €
Kirchengem. Heilig Kreuz	675,00 €	540,00 €
Ancora do Mar	2.025,00 €	1.620,00 €
Bluesnote- Bluesinitiative Rheine e. V.	5.009,63 €	4.007,70 €
DruckFest e.V.	2.216,70 €	1.773,36 €
Theatergruppe Lampenfieber	3.456,00 €	2.764,80 €
Trosse Kultur Mesum e. V.	2.250,00 €	1.800,00 €
Jugend- und Familiendienst e. V.	2.448,00 €	1.958,00 €
MGV Constantia	2.718,00 €	2.174,40 €
SoAlBaTe vier Stimmen ein Chor	813,83 €	651,06 €
Cantus Reni	908,75 €	727,00 €
KFD Kath. Frauengemeinschaft St. Josef Rodde	383,02 €	306,42 €
Kultur- und Kleinkunststring Rheine e.V.	5.625,00 €	4.500,00 €
Chorgemeinschaft Dorenkamp	277,75 €	222,20 €
Caritasverband Rheine, Migrationsdienste	1.250,00 €	1.000,00 €
Gesamtsumme	31.881,67 €	25.505,34 €

Keine Beihilfe		
plan b.-newfilm pictures	0,00 €	0,00 €

Das vor dem Hintergrund der finanziellen Situation der Stadt gesetzte kulturpolitische Signal gegenüber den ehrenamtlich engagierten Vereinen steht unter dem Vorbehalt, dass **der Rat der Stadt den Haushaltsplan mit den erforderlichen Mitteln beschließt**. Bis zu diesem Zeitpunkt dürfen maximal 80 % der bewilligten Zuwendung zur Auszahlung gelangen, wenn ein entsprechender Finanzbedarf geltend gemacht wird.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

8. Planung der Konzertsaison 2010 / 2011 Vorlage: 123 / 10

2:23:55

Frau Lulay bittet um Zustimmung, das Konzertprogramm so zu übernehmen.

Herr Hemelt merkt an, dass die Vorlageblätter der Tagesordnungspunkte 7, Gewährung von Beihilfen zur Kultur- und Heimatpflege 2010 und 8, Planung der Konzertsaison 2010/2011 noch die alten Vorlageblätter seien.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Kulturausschusses fasst der Haupt- und Finanzausschuss folgenden Beschluss.

Die Planungen für die Konzertsaison 2010/2011 werden zur Kenntnis genommen. Die Verwaltung wird beauftragt die erforderlichen Vereinbarungen zu treffen. Insofern wird einer Ausnahme von der bestehenden Haushaltssperre zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Genehmigung einer Ausnahme von der hauswirtschaftlichen Sperre Dringende Ausschreibung der Bewachungsleistungen für die Städtischen Museen Vorlage: 190 / 10

2:25:59

Frau Ehrenberg verweist auf die Vorlage und bittet darum, heute dem Beschlussvorschlag zuzustimmen. Die Bewachung sei bis zum 30. Juni 2010 sichergestellt. Eine spätere Entscheidung würde eine Verzögerung bei der Ausschreibung hervorrufen.

Herr Hemelt informiert, dass der Vorstand des Deutschen Verdingungsausschusses für Leistungen am 11. November 2009 die Veröffentlichung einer neuen VOL/A beschlossen habe. Die Bekanntmachung erfolgte am 29. Dezember 2009.

Die Anwendung erfolgt mit Inkrafttreten der neuen Vergabeordnung. Das Inkrafttreten der neuen Vergabeverordnung werde Ende April/ Anfang Mai erfolgen. Mit der Veröffentlichung im Bundesgesetzblatt werde dann auch die Verordnung VOL/Teil A in Kraft treten. Herr Hemelt gibt den Hinweis, dass nicht aufgrund einer sich gegenwärtig im Prozess befindlichen Rechtsänderung schnell entschlossen werden müsse. Er bittet darum, dieses zu prüfen und gegebenenfalls auch bei dem weiteren Vergabeverfahren die Örtliche Rechnungsprüfung einzuschalten.

Frau Ehrenberg macht deutlich, dass die Vergabeordnung beachtet werde.

Nach einer längeren Diskussion über den Beschluss im Kulturausschuss lässt Frau Dr. Kordfelder über den Beschlussvorschlag abstimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss beschließt für die Bewachung der Städtischen Museen eine Ausnahme von der bestehenden Haushaltssperre und beauftragt die Verwaltung, die Ausschreibung für die Bewachungsleistung durchzuführen.

<u>Abstimmungsergebnis:</u>	12	Ja-Stimmen
	2	Nein-Stimmen
	5	Enthaltungen

10. Eingaben an den Rat der Stadt bzw. an den Haupt- und Finanzausschuss

10.1. Rettungsleitstelle des Kreises Steinfurt

3:11:59

Frau Dr. Kordfelder informiert über den am 22. März 2010 eingegangenen Antrag der SPD-Fraktion:

Der Rat der Stadt Rheine beauftragt die Verwaltung, die Gespräche bezüglich der Kreisleitstelle mit dem Kreis Steinfurt zu intensivieren. Ziel der Gespräche soll es sein, dass der Kreis die Leitstelle ohne Inanspruchnahme von „Ausgleichszahlungen“ der Stadt Rheine betreibt. Der vollständige Antrag ist im Wortlaut als Anlage beigefügt.

Frau Dr. Kordfelder schlägt folgenden Verfahrensvorschlag vor:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Gespräche mit dem Kreis Steinfurt kurzfristig mit dem Ziel wiederaufzunehmen, dass die Betreibung der Leitstelle als Aufgabe des Kreises Steinfurt unabhängig von einem Standort künftig ohne „Ausgleichszahlungen“ der Stadt Rheine erfolgt. Gleichzeitig wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob in diesem Zusammenhang Verträge zwischen dem Kreis Steinfurt und der Stadt Rheine zu kündigen bzw. im Einvernehmen zwischen Kreis und Stadt aufzuheben sind. Die Verwaltung wird dem Haupt- und Finanzausschuss über den Fortschritt der Verhandlungen berichten.

Frau Dr. Kordfelder berichtet, dass die Gespräche bereits laufen würden und am Freitag weiter über das Verfahren gesprochen werde.

Die Mitglieder des Haupt- und Finanzausschusses widersprechen dem Verfahrensvorschlag nicht.

11. Anfragen und Anregungen

11.1. Trauungen am Sonntag, 10. Oktober 2010

3:13:30

Herr Mau fragt an, ob es möglich sei am 10. Oktober 2010 trotz eines Sonntags Trauungen stattfinden zu lassen. Er habe in der Zeitung gelesen, dass verschiedene Gemeinden eine Ausnahme machen und an diesem Sonntag Trauungen vornehmen würden. Die Gebühr für einen Trauung würde normalerweise 60,00 € betragen. In der Zeitung habe er gelesen, dass für den Sonntag 300 € genommen würden, um die Mehrkosten zu decken. Er fragt an, ob Trauungen am 10. Oktober auch für Rheine möglich seien.

Ende des öffentlichen Teils: 20:15 Uhr

Dr. Angelika Kordfelder
Bürgermeisterin

Julia Kersting
Schriftführerin